

Freie Presse

Wertgegenpreis:
Die hebendesprekte Nov.
parziale 40 Pf. Aus-
land 70 Pf. Rollenau die
Postkarte 2 Pf. Ausland
1 Pf. Für die erste Seite
werden keine Uppen ge-
zahnt.

Verlagspreis:
In Lodz und nächster Um-
gebung wöchentlich 1 Pf.
40 Pf. und monatlich 6 Pf.
50 Pf. Durch die Post be-
zogen kostet sie 7 Pf. 50 Pf.
monatlich.

Eigene Vertreter in: Alexandrow, Bialystok, Chelm, Kallisch, Konin, Konstantinow, Lipno, Lubianice, Myślibor, Sosnowice, Tomaszow, Turek, Wielowod, Szczecin-Wola, Bycz.

Nr. 300

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lódz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Judenitschs Misserfolg.

Auf einem Lordmajorbalken in London hielt Lloyd George eine Rede, in der u. a. sagte: Er hoffe, daß trotz aller Schwierigkeiten die Lösung der Adriafrage gefunden werde, welche den Interessen des italienischen Bundesgenossen gerecht werden. Neben die wichtigsten Grundzüge für die Regelung der türkischen Frage bestände unter den Alliierten vollständige Ueber-einstimmung. Alle seien überzeugt, daß die Türkei die von Arabern, Griechen und Armeniern bewohnten Gebiete schlecht verwalte. Dem sei ein Ende gemacht worden. Man habe sich se-eigt, daß der Zugang zum Schwarzen Meer für alle Völker frei sein möge, und daß seine Bewachung nicht länger einer Macht unterstellt werden darf, die das in sie gesetzte Verträge entzündete. Was die anderen Türkei bedrohlichen Fragen betreffe, so dürften für die Aufstellung hinsichtlich der Beantwortlichkeit unter den Alliierten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bestehen.

Neben Russland könne er nicht mit demselben Vertrauen sprechen. Wir können keinen Frieden haben, wenn in Russland kein Friede ist. Die Aussichten sind hierfür nicht günstig. Vor einer Woche hatten Aussichten auf eine rasche Lösung bestanden, aber alles weist jetzt auf einen langen, blutigen Kampf hin. Der Angriff auf Petersburg konnte nicht durchgeführt werden. Denkungsformarisch auf Moskau ist vorläufig aufgehoben. Auch die letzten Nachrichten aus Omsk sind wenig beruhigend. Er glaube jedoch nicht, daß die Bolschewisten ganz Russland erobern würden.

Lloyd George empfing auch eine Deputation der Transportarbeiter und sagte ihnen: "Es bleibt ein Aufnahmestatt der englischen Sozialdemokraten, daß sie das Rätesystem von allem Anfang an einer, sich abgelaufen haben. Das Rätesystem ist gegen das Wesen der wahren Demokratie, es steht an Stelle der monarchisch-militärischen Diktatur, die Diktatur des Politikars. Dass das Rätesystem zum Untergang führt, zeigen die Beispiele von Russland und Angarn".

Was den Bolschewismus betrifft, sagte Lloyd George weiter: "Der Bolschewismus ist teilunglos verloren, weil er in sich zusammengebrochen ist. Wir werden ihm dauernd den Rücken machen. Die Zukunft gehört nicht dem Rätesystem, sondern dem gesunden Sozialismus, wie er in den gemäßigten organisierten Gewerkschaften der internationalen Arbeiterschaft Ausdruck findet."

Der weitere Rückzug Judenitschs.

Berlin, 10. November. (Pat.)

Von der Front Judenitschs wird berichtet: An der ganzen Front werden heftige Kämpfe geführt. Die Bolschewisten greifen stetig von Kaschira, sowie in der Richtung auf Odrow am Peipus-See an. An der Front Denikins Rukau.

Aus Helsingfors wird berichtet: Unter dem Anhange der Bolschewisten sind die Truppen Judenitschs gezwungen, sich weiter zurückzuziehen. Gegenwärtig befinden sie sich auf der Linie des Peipus-See. Die Bolschewisten haben alle Militär- und Zivilkräfte zusammengezogen, um Petersburg zu verteidigen. Die seit dem Frühjahr dauernden Angriffe Judenitschs haben zu nichts geführt. In den Begründen um den Peipus-See hat die bolschewistische Kavallerie die Ablieferung Judentisch umringt und hat gleichzeitig Psłkow angegriffen. Gegenwärtig bemühen sich die Bolschewisten, alle ihnen feindlichen Bewegungen im Lande zu unterdrücken.

Aus Helsingfors wird der "Deutsch. Tagessp." über die Vorbereitungen berichtet, welche die finnische Regierung unternimmt, um Judentisch zu unterstützen. Die Militärtransporz befinden sich schon an der Grenze. Seit dem vorherigen Freitag werden fortgesetzte Eisenbahnzüge mit Geschützen, Munition und anderem Kriegsmaterial nach Karolinen abgefertigt. Ein ganzer Korps freiwill. Finnland ist mobilisiert. Volksversammlungen haben sich für den Kampf mit dem bolschewistischen Russland erklärt. Die finnische obste Heeresleitung berichtet, daß die bolschewistischen Truppen versucht haben, in der

Infrastruktur des Friedens-Diktats.

Berlin, 10. November.

Die neueste Entente bezeichnet als nächste Folgen der Ratsifizierung:

1. Die interalliierte Kommission des Rhein-gebiets übernimmt die Geschäfte.
2. Die Militär-, See- und Luftdelegationen, die gegenwärtig als Militär-, See- und Luftkontrollkommissionen in Deutschland sind, übernehmen die Geschäfte.
3. Die Wiedergutmachungskommission übernimmt die Geschäfte.

4. Uebertragung der Oberhoheit im Falle Memel und Danzig, Zurückziehung der deutschen Truppen und der deutschen Behörden und Besitznahme dieser Gebiete durch die interalliierten Truppen.

5. Uebergabe der Regierung im Saarbecken.

6. Uebergabe der zeitweisen Regierung im Gebiete Oberschlesiens, in dem die Volksabstimmung stattfinden wird; Zurückziehung der Truppen und der deutschen Behörden, welche die Kommission bestimmen wird, und die Besitznahme durch interalliierte Truppen, Uebernahme der Geschäfte durch die Regierung- und Volksabstimmungskommission.

7. Uebernahme der zeitweiligen Verwaltung in dem Gebiete von Schleswig, in dem die Volksabstimmung stattfinden wird.

8. Beginn der Frist von 15 Tagen, in welcher die Räumung und die Uebergabe der vorläufigen Verwaltung in den Gebieten stattfinden wird, in denen die Volksabstimmung stattfindet: Ostpreußen (Allenstein) und Westpreußen (Marienwerder).

9. Beginn der 12-tägigen Frist, innerhalb deren die Abgrenzungskommissionen ihre Tätigkeit beginnen sollen. Daher wird die Deutsche Regierung schon jetzt aufgefordert, für den 10. November 1919 beauftragte Vertreter nach Paris zu entsenden, um:

a) im Einverständnis mit den Vertretern der Entente die Entzugsbedingungen der Regie-rungs-, Verwaltungs- und Volksabstimmungs-kommissionen, sowie die Uebergabe der Vollmachten und Dienstbefugnisse, den Eingang der alliierten Truppen, die Räumung durch die deutschen Truppen, die Erziehung der bezeichneten deutschen Be-hörden und aller oben vorgegebenen Fragen zu regeln. Es wird schon jetzt daran erinnert, daß die deutschen Behörden alle Dienst- und Woh-nungseinrichtungen sowie alle Urkunden, welche die sofortige Tätigkeit der interalliierten Behör-

den ermöglichen sollen, an Ort und Stelle be-lassen müssen; daß ebenso die deutschen Truppen alle durch sie benötigten Einrichtungen an ihrem Orte belassen sollen;

b) im Einverständnis mit dem Generalstab noch die Transportbedingungen der interalliierten Truppen zu regeln.

Wie aus Kopenhagen meldet wird, überste das Friedensdiktat am 11. November in Kraft treten.

Amerika ratifiziert nicht?

Paris, 10. November. (Pat.)

"Echo de Paris" teilt aus Washington mit, daß sich die Verhandlungen zwischen den Republikanern und den Demokraten zerschlagen haben. Es zirkulieren hier Gerüchte, Wilson werde den Friedensvertrag ohne Ratifizierung nach Paris zurücksenden; der Senat werde den Friedensvertrag in diesem Jahre nicht ratifizieren.

Revolutionäre Verschwörung in Amerika.

Paris, 11. Nov. (Pat.)

Aus New-York wird gemeldet: Im Zusammenhang mit der Endeckung einer revolutionären Verschwörung sind etwa 1000 Personen verhaftet worden. Es wurden eine Menge Explosivstoffe und mehrere rote Fahnen beschlagnahmt.

Aus Amsterdam wird berichtet: Der Bergarbeiterstreik nimmt an Umfang zu. Sie lehnen alle Vorschläge ab. Wahrscheinlich werden sich auch die Eisenbahner dem Streik anschließen. Die Folgen des Streikes sind geradezu riesenhafte. Die Kohlenausfuhr ist vollständig unterbrochen, und die Ausfuhr an Lebensmitteln nach Europa ist sehr eingeschränkt. Die amerikanische Regierung hat 52 Infanterie-regimenter, 29 Kavallerie-regimenter, 4 Kavallerie-regimenter, 20 Bataillone Minenwerfer und eine große Anzahl technischer Abteilungen zum Schutz der Gruben entsandt.

Die oberschlesischen Gemeinderatswahlen.

Ungültigkeitsdeklaration durch die Entente.

Paris, 11. November. (Pat.)

Auf eine Anfrage des Obersten Rates wegen der oberschlesischen Gemeinderatswahlen wurde in Paris eine deutsche Antwortnote überreicht, in der es heißt:

"Die Nachricht, daß die preußische Regierung am 9. November die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien vorzunehmen gedenkt, trifft zu. In Breslau wurde das sogenannte Dreiklassenwahlrecht, das umso platonisch wirkt, je stärker die Unterschiede in der Steuerbelastung der Wähler in der Gemeinde waren, durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht ersetzt. Nur in Oberschlesien sind seit der Revolution die Gemeinderatswahlen noch nicht durch die Wahl nach dem neuen Recht verändert. Dies wirkt umso ungünstiger, als die gewerbliche Entwicklung gerade dort den Unterschied zwischen Arm und Reich besonders gefordert hat. Nachdem nunmehr in Oberschlesien Ruhe und Ordnung wieder eingekämpft sind, kann die preußische Regierung nicht mehr länger zögern, die aus mehrfachen Gründen, zuletzt infolge des Zustandes, verschönen Gemeinderatswahlen abhalten zu lassen. Dies ist umso mehr geboten, als die Gemeinderatswahlen die Voraussetzung für die mittleren Kreis- und Provinziallandtagswahlen bilden, insbesondere als die neue oberschlesische Provinzialverfassung erst auf Grund dieser Wahlen voll ins Leben treten kann. Durch die Vornahme der

Gemeinderatswahlen wird auch den Interessen des polnisch sprechenden Teils der Bevölkerung Rechnung getragen. Es ist bekannt, daß die polnischen Elemente in Oberschlesien gerade unter den ärmeren Volks-teilen zu finden sind. Es ist deshalb klar, daß das Festhalten am veralteten Wahlrecht eine Zurückziehung gerade dieses Volkssteiles bilden würde. Dafür, daß die Wahl in voller Freiheit zur Durchführung gelangen werden, ist jede Gewähr gegeben. Namentlich hat die Regierung zugunsten der oberschlesischen Bürglinge angeordnet, daß sie nach ihrer Rückkehr an ihren Wohnsitz auf Antrag noch nachträglich in die Wählerliste aufgenommen werden. Was endlich den Friedensvertrag betrifft, so ist demselben namentlich aus der Anlage zu Artikel 88 kein Grund zu entnehmen, daß der preußische Staat an der Ausübung seines souveränen Rechts, die Verwaltung in dem zulässigen Abstimmungs-gebiet bis zum Inkrafttreten des Friedens durchzuführen, gehindert wird, oder daß die Vornahme der Wahlen der Zuständigkeit des internationalen Auschusses irgendwie vorbehalten wird. Die deutsche Regierung hat keinen Zweifel, daß unter diesen Umständen die alliierten und sozialistischen Hauptmächte ihre ursprünglichen Bedenken gegen die Abhaltung der Wahlen in Oberschlesien umso eher zurückstehen werden, als es die erklärte Absicht der Mächte ist, den demokratischen Grund-sätzen durch den Frieden den Weg zu ebnen.

Auf diese Note Deutschlands hat der Oberste Rat zunächst nichts geantwortet und die Wahlen fanden Sonntag statt. Das Ergebnis ist jedoch so meldet die polnische Telegraphenagentur aus Soznowice, für Deutschland ist günstig auszufallen. Auf die polnischen Listen sollen 75 Prozent der Stimmen entfallen. Die Vornahme, daß die Entente dieses Wahlergebnis als eine Volksabstimmung ansehen und das eigentliche Plebisitiz nunmehr für überflüssig betrachten wird, trifft indessen nicht zu, denn die Entente hat die Wahlen für ungültig erklärt, wie aus nachstehender Pariser Meldung der Pat hervorgeht:

Der Oberste Rat der Alliierten lehnt die deutsche Regierung davon in Kenntnis, daß die Entente die Wahlen in Oberschlesien veranstalteten Gemeinderatswahlen als nicht stattgefunden betrachtet, da diese im Sinne der Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht zulässig waren.

Die preußische Masurendelegation in Krakau.

Krakau, 10. November. (Pat.)

Zu Ehren der hier eingesetzten preußischen Masuren sind gestern im Refektorium des Franziskanerklosters ein Abendessen statt, an dem gegen 200 Personen teilnahmen. Darunter befanden sich die Generäle Stüker, Simon, Gastecki, Walecki, eine Reihe von Offizieren und in Krakau weilende Oberschlesiener. Es wurden mehrere Reden gehalten. So vom Leiter des Ausfluges der Bergleute Wackowski, der auf die Schwierigkeiten der nationalen Arbeit, die aus den Verfolgungen durch die Deutschen entstehen, hinwies. So haben die Deutschen bisher 120 polnische Führer verhaftet. Außer Herrn Wielowski sprach Pastor Michajda und ein oberschlesischer Aristokrat.

Eine Minsker Delegation beim Landeschef.

Warschau, 10. November. (Pat.)

Der "Gonec Minski" bringt einzelheiten über die Audienz der Delegation von Minsk beim Landeschef. Unter anderem gab ein rechtläßiger Delegierter der Hoffnung Ausdruck, daß das so lange unterdrückte polnische Volk eine andere Nation nicht unterdrücken wird. Zugleich erklärte er, daß alle von ihm vertretenen Bevölkerung polnische Staatsbürger sein werden. Er schloß seine Rede mit der Bitte, die Ostmark zu Polen anzugegliedern und eine Oderung einzuführen, die die Wiederkehr der zaristischen und bolschewistischen Zustände unmöglich mache.

Darauf erwiderte der Staatschef folgendes: Ich habe nicht ein Mal hoffen können, daß das polnische Volk und Heer so stark sind, daß Ihr es nicht nötig habt, einen Feind zu scha-

Gegrad von Kiewine die finnische Grenze zu über-schreiten, doch seien sie unter großen Verlusten abgesiegt worden.

Die deutschlettischen Kämpfe.

Paris, 11. November. (Pat.)

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß die lettischen Truppen bei Riga den Deutschen in den Rücken gesallen sind, ihnen den Rückzug nach Mitau abgeschnitten und die Eisenbahnlinie nach Torenburg besetzt haben. In der Nähe der Bahnlinie zwischen Kranzberg und Mitau schlugen die Letten die Deutschen in heimem Bajonettkampfe, ohne vorherige Artillerievorbereitung.

Wilna, 11. November. (Pat.)

In der Gegend von Memel haben die Deutschen 60 000 Mann konzentriert und auf der Linie Bierzholowo-Tilsit 20 000. An der Front laufen die Soldaten von den Seiten zu den Russen über, da sie dort besser verpflegt und eingekleidet werden. Von der polnischen Front wird gemeldet, daß es in den ersten Tagen des November in der 2. Brigade der 8. Division der Roten Armee zu Zusammenstößen mit Kommunisten gekommen sei. Der Grund lag im Mangel an Lebensmitteln und Uniformen. Die Brigade entzweite sich eigenmächtig von der Front und blieb einige Tage weg. Nach Elegierung des Zwischenfalls lehrte sie wieder zurück. Alle bolschewistischen Spitäler wurden von Shtomir nach Orowoz verlegt. Die Linie Shtomir-Orowoz wird geräumt.

ster. Wir werden keinen Fußbreit Erde abtreten, wenn wir den unabdingbaren Willen haben, zu uns zu gehören und mit uns zusammen zu arbeiten. In Polen genießt jeder Bürger Religionsfreiheit".

Darauf begaben sich die Delegierten zum Reichstagsmarschall Trompczynski, vor dem sie sehr herzlich empfangen wurden.

Die verzweifelte Lage Deutschlands.

Eine Rede Noëles.

Nauen, 11. November. (Pat.)

Reichswehrminister Noële hielt in Chemnitz eine Rede, in der er u. a. die Maßnahmen begründete, die er angeordnet habe, um den Ausbruch eines Generalstreiks zu vereiteln. "In Berlin, wo 160 000 Arbeitslose die Straßen der Stadt bevölkern, wollen törichte Verbrecher einen Generalstreik inszenieren, um weitere hunderttausende Arbeiter beschäftigungslos zu machen. Es gibt wenig Leute in Deutschland, die diese Gesänge klar erkennen. Ich habe strenge Befehle gegen solche Personen erlassen, die Verbrechen gegen das Volk planen. Millionen kennen auch heute die furchterliche Lage noch nicht, in der wir uns befinden. Wir gleichen den Mondsüchtigen, die am Rande des Abgrundes umherirren und jeden Augenblick hineinfürzen können."

Die Finanzlage Deutschlands besprechend, sagte Noële, daß die Schuldenlast des Reiches in zwei Monaten auf 212 Milliarden Mark angewachsen sei, die jährlichen Binsen betragen 10 Millionen Mark, d. i. zwei mal mehr, als die Schuldenlast Deutschlands vor dem Kriege betrug.

Noële kam sodann auf Deutschlands Wirtschaftslage zu sprechen und sagte: "Die neueste Note der Entente verlangt die Auslieferung von 400 000 t Docks und Bagger. Es bedeutet dies nichts anderes, als daß die Deutschen in Zukunft ihre Schiffe ins Ausland zur Ausbesserung werden müssen und ihre Häfen, die nicht verteidigt werden können, der Sand verübt werden wird. Millionen deutscher werden ihr Brot im Ausland suchen müssen. Es ist möglich, daß der Völkerbund Zustande kommt. Es ist auch möglich, daß es einst zur Abänderung der Bestimmungen des Friedensvertrages kommt. Heute muß sich das deutsche Volk aber so einrichten, daß es sich im Verbrauch aufs äußerste einschränkt und mehr arbeitet, als vor dem Kriege."

Kleine Nachrichten.

— Infolge des am 4. d. M. abgeschlossenen Bahnvertrags zwischen Polen und Rumänien beginnt am 15. November der regelmäßige Postverkehr zwischen den beiden Staaten.

— Wie aus Köln gemeldet wird, gibt der Gesundheitszustand des Kardinals Hartmann zu Besorgnissen Anlaß. Der Patient hat das Bewußtsein verloren.

Die Warschauer Pastorenkonferenz.

Bericht eines Laien.

Am 3. und 4. November tagte in Warschau eine von dem Warschauer Evangelisch-Lutherischen Konistorium einberufene Pastorenkonferenz, zu welcher auch kirchlich interessierte Laien Getritt hatten. Die Zahl der Pastoren betrug 40–50, die der Laien 5–10. Eingeiteilt wurde diese Konferenz, die einen privaten Charakter trug und keine bindenden Beschlüsse treffen sollte, durch ein Gebet und eine längere Ansprache des Herrn Generalsuperintendenten Julius Ursche in polnischer Sprache. Die Verhandlungen leitete natürlich der Generalsuperintendent, der zu Besuch die Mitglieder des Konistoriums, die Herren Superintendenten, Ehrengäste, den Vertreter der Regierung und zu Schriftstellern die Pastoren Paeschke und Wenzel brief.

Der Herr Generalsuperintendent führte unter anderem folgendes aus: "Bald der Versammlung sei, aber das, was zum Wohle der Kirche dienen, nachzusinnen. Die Beihilfen gesetzten es nicht, eine Synode aus lauter Pastoren wie vor dem Kriege, einzuberufen. Die Seiten, die die Pastoren allein als Vertreter der Gemeinden gelten, sind ein für allemal vorüber. Auch die Einberufung einer durchs Gesetz vom Jahre 1849 vorgelegten Generalsynode entspricht nicht dem Geiste der Neuzeit; die zu dieser General-Synode gewählten 5 Geistlichen und 5 Laien, je zwei aus jeder Diözese, müssten im Namen aller Gemeinden entscheiden, was eher einer Vergewaltigung, als einer Vertretung der Gemeinden gleich käme. Es käme hier nur eine Synode, wie sie zur Zeit der Oktupation im Jahre 1917 einberufen war, in Betracht, eine Versammlung der Pastoren und Laien aus allen Gemeinden und Volkschichten. Solche Synode wird es kommen. Jedoch ist heute noch nicht Zeit dazu. Dieser Synode muß vorgearbeitet werden; hierzu muß man mit einem fertigen Programm kommen. Solche Vorbereitung soll die vierjährige Konferenz leisten, deren Tagesordnung folgende Punkte umfasse:

a) Die Frage der neuen Kirchenverfassung;
b) die Frage der deutschen, resp. evangelischen Schulen;

c) die Frage der theologischen Fakultät in Warschau;
d) die Frage des Verhältnisses zu anderen Kirchengemeinschaften, bei der Union.

Zum Schluss saß der Herr Generalsuperintendent seiner Freude, die Brüder aus Teschen, Galizien und Litauen hier in Warschau zum erstenmal zu sehn, herzten Ausdruck und brachte alle Anwesenden als gleichberechtigte freie Bürger eines freien Landes. In deutscher Sprache wendete sich der Herr Generalsuperintendent an den Superintendenten Stellvertreter der deutsch-lutherischen Gemeinden in Teschen Dr. Schmidt. Er betonte: "In unserer Kirche sind Polen und Deutsche. Wir haben nicht die Absicht, den Deutschen ihre deutsche Sprache zu rauben. Die Nationalitätenkämpfe sind in der ganzen Welt entbrannt. Die Kräfte des Evangeliums sind stärker als alle treunenden Elemente. Ich hoffe, daß es dazu kommen wird, daß wir, trotz aller Unterschiede der Sprache und der Anschauungen, ein einig Volk von Brüdern sein werden."

Es folgten nun die Begrüßungsansprachen des Referenten für Schule und Kultur, des früheren Pastors aus Nowoolina Herrn Geissler; dann des Superintendenten R. Michajda aus Teschen, des Dr. Schmidt aus Bielitz, des Professors Morhead aus Amerika. Nachdem noch ein Dankestelegramm an die Lutherner Amerikas und ein Huldigungstelegramm an den Staatschef, Sejmarschall, Minister des Kultus und des Innern abgegangen waren, trat man in die Beratung des reichhaltigen Programms ein.

Dr. Schmidt, Teschen, eröffnete das Wort zu einer längeren Ansprache. Er sprach in seinem Namen und im Namen mehrerer Amtsbrüder und Gemeinden. Die deutschen Protestanten in Österreich Schlesien genossen alle Freiheiten. Sie wissen auch, was ihnen bevorsteht, falls sie sich entzügeln sollten, sich an Böhmen anzuschließen. Doch was erwarte sie, wenn sie dem Wunsche der Polen nachkommen und sich Warschau anschließen. Sie kämen in eine Kirche, die zwar zu 80 Proz. aus deutschen Protestanten besteht, an deren Spitze aber ein polnisches Konistorium in Warschau steht. Wird es da möglich sein, unter völkischen Interessen zu wahren? Dr. Schmidt übertrug dem Herrn Generalsuperintendenten ein Memorandum, welches in 10 Punkten die Bedingungen für den Anschluß an Polen enthielt. (Diese Denkschrift wurde von uns gestern veröffentlicht. Anmerk. d. Schriftleitung).

Ja Sachen der Kirchenverfassung mögig man sich dahin: die Verfassung der evangelischen Kirche ist eine Synodalpräbisteriale. Das Kirchenregiment gibt die aus Pastoren und Laien bestehende, als 3 Jahre und nach Bedarf auch öfter zusammenstehende Landessynode aus. Letztere wählt den Generalsuperintendenten und alle Mitglieder des Konistoriums. Auch die Frauen haben im Prinzip das aktive und passive Wahlrecht. Der Generalsuperintendent trug den Titel Bischof. Die Zahl der Laien verhalte sich zu den Pastoren wie 1 zu 1, oder 2 zu 1, oder 3 zu 1. Diese Grundsätze wurden einer Kommission zur Ausarbeitung eines Projektes einer Kirchenverfassung als Richtlinien gegeben. Zu dieser Kommission gehören: Der Herr Generalsuperintendent Ursche, der Präses des Konistoriums Glas, Superintendent Michajda (Teschen), Dr. Schmidt (Bielitz), Konistorialrat Gundlach (Lodz), Pastor Dietrich (Lodz), Pastor Gerhardt (Lodz), Professor Buzek, Rechtsanwalt Renclewski, Seminarlehrer Wolff (Lodz), Seelsorgeordneter Spickermann (Lodz).

In der Schulfrage gab der Herr Generalsuperintendent einen ausführlicher fachlichen Bericht über die Lage der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, der Kantone und Verbäuer im Lande. Hieran schloß sich eine Aussprache mit Mitteilungen einzelner Konferenzteilnehmer. Diese Mitteilungen enthielten manche Klage über Missgriffe und Abbergriffe, besonders einzelner feindlich gesinnter Subalternbeamten. Erstens war die einmütige Einklarheit, daß die deutsche Schule den deutsch-lutherischen Gemeindeleuten erhalten bleibt müssen, daß von dieser Haltung auch der Bestand der lutherischen Kirche in Polen abhänge; daß Pastoren und Laien alles ausbieten müssen, um die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, selbstverständlich mit gebührlicher Rechtsgültigkeit, der polnischen Landessprache, zu erhalten. Den Pastoren und Kirchenkollegen wurde gewissenhafte Wahrung der eigenen Rechte, der Rechte gleichberechtigter freier Bürger eines freien Staates zur Pflicht gemacht.

Angesichts der vorgerückten Zeit wurde leider von einer Aussprache über die in Warschau zu gründende theologische Fakultät abgesehen. Die Gründung soll im Herbst 1920 stattfinden, die Lehrsprache soll die polnische sein.

Zum Schluss berichtete der Herr Generalsuperintendent in kurzen Worten über die mehrere Millionen betragende Hilfeleistung der Lutherner Amerikas. Man erfuhr, daß eine private Mädchenschule in Warschau unter anderem 100 Tausend, die Zeitschriften "Evangelik" und "Unsere Kirche" auch 100 Tausend Mark erhalten sollen.

Mit Schulansprache und Gebet des Herrn Generalsuperintendenten in polnischer Sprache schloß die Konferenz, worauf im Auftrage der Anwesenden der Superintendent Michajda den Herrn Generalsuperintendenten den Dank der Versammlung aussprach.

Locales.

Lodz, den 12. November 1919.

Nationalspende für Piłsudski und Dmowski. Dem Beispiel des Warschauer Komitees folgend, daß sich die Sammlung von Geldmitteln zur Stiftung eines Nationalgeschenks für den Staatschef Piłsudski zur Aufgabe mache, hat sich in Lodz ebenfalls ein ähnliches Komitee gebildet. Auf einer im Grand-Hotel stattgefundenen Versammlung der Komiteemitglieder gab der Vorsitzende bekannt, daß das Geschenk an Piłsudski in einem Stück Land und einer Rente bestehen soll. Litauen verpflichtete sich, einen Teil des Erbgutes der Familie Piłsudski-Zulaw im Lande für Piłsudski zu erwerben. Den Vorsitz in der Versammlung führte Starost Brodz. Pastor Gundlach betonte, daß er im Namen der evangelischen Polen sprache, die den angeregten Gedanken herzlich begrüßen und stets bereit seien, jeden großen Polen zu ehren. (Vorläufig hat die Lodzer Stadtverordnetenversammlung am Sonntag für den Piłsudski-Fond 10 000 Mark gestiftet. Anmerk. d. Schriftleitung).

Prälat Tymieniecki stellte den Antrag, in Lodz eine Abteilung des Posener Komitees zu bilden, das sich zur Aufgabe gemacht hat, auch für Roman Dmowski, (den Vertreter Polens an der Pariser Friedenskonferenz), die Spende (ein Nationalgeschenk) zu schaffen. Der Antrag wurde von Pastor Gundlach unterstützt, vorläufig aber zurückgestellt, um ihn in einer Sondersitzung zur Besprechung gelangen zu lassen.

Die Ehrenbürgerkunde für den Staatschef. Der Faginier des Posener Magistrats, Herr Błaszczyk, hat den Entwurf der Lodzer Ehrenbürgerkunde für den Staatschef Piłsudski vorliegen lassen. Die Urkunde enthält das Bild Piłsudskis und den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung über die Verleihung der Ehrenbürgerschaft. Der Untergrund stellt die an Fabriksteinen reiche Ansicht der Stadt Lodz mit dem Magistratengebäude dar. Ferner bemerkten wir auf der Urkunde eine Boston-Druckmaschine, auf der der Sozialist Błaszczyk in einem Hause in der Wschodnianstraße des "Rozjaz", Nr. 36, im Augenblick seiner Verhaftung durch die russische Polizei druckt, sowie ein Siegel der Stadt Lodz vom Jahre 1575. Das Original des Diploms wird im Verlaufe von 2 Wochen auf Pergament ausgeführt werden.

Bevorstehende Ernennung polnischer Kardinäle. Wie die Polnische Telegraphenagentur meldet, befinden sich unter den kirchlichen Bischöfen, die als Kandidaten für einen Kardinalsposten genannt werden, der Warschauer Erzbischof Kaczyński, Bischof Sapieha-Skotau und Erzbischof Dabrowski-Poznań.

Die deutsche Oktupationsemarke. In einer der letzten Sitzungen der Finanz- und Handelskommission des Reichstages berichtete Minister Biniński über die Banknoten, die von den deutschen Oktupanten in Polen herausgegeben wurden und von der deutschen Regierung garantiert sind. Der Minister wurde beauftragt, mit Dauholt und dahingehende Verhandlungen anzutreten, daß Polen die erwähnten Banknoten, die in einer Höhe von 860 Millionen Mark emittiert worden sind, übernimmt, dafür aber von Deutschland einen Kredit auf die gleiche Summe erhält.

Beschlagsnahme der Gold- und Silbermünzen. Die Wechselseite von Landau wurde, polnischen Plänen auf, von Beamten der Finanzabteilung vorbereitet, will sie entgegen der Notierungen der Devisenzentrale mit deutscher Währung spekulieren. Dem Unternehmen wurde außerdem 60 000 Mark Goldtaler aufgelegt. Am Montag wurden auch alle anderen Währungen nach Gold- und Silbermünzen durchsucht, wobei eine Menge derselben beschlagnahmt wurde.

Die Brief- und Paketbeförderung wird während der Einschaltung des Personenzugts aller Wahrheitlichkeit nah nicht eingestellt, allenfalls etwas beschränkt werden. Aus wirtschaftlichen Gründen — schon darum, weil sich gegebenenfalls ein Niedenlager von Briefen und Paketen in den Postämtern aufzuhäufen würde — kann an eine gänzliche Einschaltung der Brief- und Paketbeförderung nicht gedacht werden.

Die öffentliche Bibliothek vereinahmte im Berichtsjahr M. 40/112, darunter 33 750 M. Büchsen seitens der Stadt. Der Rest setzt sich aus Mitgliedsbeiträgen, freiwilligen Spenden und Eintrittsgeldern zusammen. Die Ausgaben erreichen die gleiche Höhe. Eingegangen sind 1809 neue Werke. Ständige Mitglieder waren 4541 und einmalig Besitzer 16 940. Im ganzen halten 39 077 Personen die Bibliothek benutzt. Die Ausgaben für 1920 wurden auf 38 300 M. veranschlagt.

Kommunal-Sparassen. Das Ministerium des Innern forderte die Kreisräte und die Stadtpräsidenten auf, ihm die Sitzungen von kommunalen Sparkassen zur Prüfung vorzulegen. Diese Kassen sollen so schnell als möglich ins Leben gerufen werden.

Vor der gestrigen Stadtverordnetenversammlung auf der Lazzeschnung fand als erster Punkt die Antwort des Magistrats auf die Interpellation des Stadtverordneten Schleifer und Genossen bezüglich Schwierigkeiten bei der Annahme von Kranken in die Spitäler. Die Antwort erteilte im Namen des Magistrats der Dejernent der Gesundheitsdeputation Dr. Koziolowski. Sehr energisch weist er an der Hand von Ziffern jegliche Beschuldigung ab. Einzelne Fälle seien wohl vorgekommen, aber irgend eine Anzahl werde nicht geübt. Die Kranken werden nach der Art der Krankheit für die Spezialspitäler qualifiziert. Es mögen auch viel freie Plätze in diesem oder jenem Spital ausgenügt vorhanden sein, aber die zur Aufnahme bestimmten Kranken eignen sich für diese Spitäler nicht. Stadtverordneter Dr. Margulies fand die Interpellation für vollständig begründet. Er führte eine Reihe von Fällen an, wo Kranken die Aufnahme in die Spitäler verweigert wurde. Es war ein Fall, wo ein an Blasdarmentzündung Leidender 5 Wochen bis zur Aufnahme ins Spital wartete musste. In der Gesundheitsdeputation herrschte überhaupt ein Chaos. Stadtverordneter Ula verhinderte die Art des Krankentransports. In einem Falle mußte ein Fleischverkäufer vier Tage auf einen Transportwagen warten, in welchem zu gleicher Zeit Kranke mit unerträglichen und solche mit ansteckenden Krankheiten befördert wurden. Stadtverordneter Goralowski saß die von den Interpellanten angeführten Fällen für ungernend, um eine systematische Befreiung von Kranken in den Spitäler zu gestalten. Die angeführten Mängel können vom Magistrat (Gesundheitsdeputation) bestätigt werden. Die Stadtverordnetenversammlung fand daraufhin die Erklärungen des Magistrats für genügend. So dann wurde dem Antrag des Magistrats auf einen 30. Pos. Sachschlag zu Gunsten der Sparkasse zur staatlichen Befreiung bestimmt.

Von der Industrie. Am Freitag wird die Fabrik der Wollanäherei B. Wals, Juliusstraße, wieder in Betrieb gesetzt werden.

Die Abteilung zur Registrierung von Eisenbahnen, Post und Zollverlusten, Moniuszo (beim Verein der Fabrikanten und Kaufleute in Lodz) hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Alle in Mietverhältnis stehende Personen werden aufgefordert, ihre Verluste in möglichst kurzer Zeit registrieren zu lassen. Die Bürostunden sind von 9–1 Uhr nachm.

Zur Errichtung eines Zollamts in Lodz. In der Frage der Gründung eines Zollamts in Lodz wurde eine Sonderkommission gebildet, der die Aufgabe obliegt, zur Errichtung der nötigen Büroräume das Gebiet des Lodzer Fabrikbahnhauses einer Befreiung zu unterziehen. Nach erfolgter Befreiung wählt sie die Lagerhäuser 3 und 7 für Benutzung für das Zollamt und die sogenannte Fabrikrampe zur Befüllung von Fabrik- und landwirtschaftlichen Maschinen. Jedes der ausgesuchten Lagerhäuser fasst 100 Waggons. Eine Brognelle des Zollamts wird sich auf dem Fabrikgebäude im Lagerraum Nr. 1 befinden.

Landkarten der Oktupanten. Das Ministerium des Innern forderte den Lodzer Starost auf, die von den Oktupanten herrührenden und in privatem oder Regierungsbesitz befindlichen geographischen Karten im Laufe von 6 Wochen zu sammeln und ihm zuzusenden.

Ein Preßprozeß. Das Bezirksgericht zu Lodz verbandete am Montag unter Vorsitz des Richters B. Witkowski in einem Preßprozeß gegen die hiesige polnische Tageszeitung "Rozwój" gegen die Redakteure. Offenlicher Anklager war Unterstaatsanwalt M. Smulski.

In einer Ausgabe dieser Zeitung vom 14. Mai 1919 war ein Artikel unter der Spitzmarke "Ein salomonischer Richter" veröffentlicht. In diesem Artikel kritisierte der Verfasser die Tätigkeit der Friedensgerichte, indem er anführte, daß in den Lodzer Friedensgerichten Richter sitzen, die sich mit den Prozessen überhaupt nicht zurechtfinden können und daß die Redaktion gegen einen (des gleichen Namens nur mit dem Anfang- und Endbuchstaben angegeben war) von allen Seiten diebedeutliche Anklügungen bekäme.

Die Angeklagten Witkow (Vater) und Thaddeus (Sohn) brachten, sich schuldig gemacht zu haben. Letzterer, der Verfasser des Artikels, wollte damit niemand beleidigen und der Inhalt desselben sollte durchaus keine Nachlässigkeit der Behörden darstellen.

Die Zeugen St. Kujawski, Sekretär des "Rozwoj", und der Lausitzer Kultusf. sagten aus, daß B. Czajkowski am 25. Mai in Warschau geweilt habe.

Der Staatsanwalt führte in seiner Rede aus, daß der beklagende Artikel des zweiten gehabt habe, die Autorität des Gerichts zu untergraben und dieses zu beschimpfen. Unbedachsamkeit sei in diesem Falle nicht schuld; dies könne man wohl bei einer Zeitung, wie z. B. die "Times" mit ihrer 100seitigen Auslage (?), zulassen lassen. Der "Rozwoj" aber sei nur ein Blatt von endigen Seiten.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt E. Filipowski, war der Meinung, daß die beklagte Notiz nicht zulässig sei und von einer geringen Qualifizierung des Redaktion zeuge. Er hat, den Vater freisprechen; für den Sohn hat er um ein mildes Urteil und um Strafsauschub. In seinem letzten Wort hat Thaddeus Czajkowski traurigen Augen am Freisprechung.

Das Urteil lautete für Wiktor Gajewski, Freispruch, für Karolus Gajewski auf 1 Jahr, Karolus Gajewski und Ausschuss der Strafe auf 3000 Jahre.

Zur Bekämpfung der Schwindsucht. Das Gesundheitsministerium sandte den Bevölkerungsrat der Gesundheitsärzte ein Schreiben folgenden Inhalts: „Infolge der Befehl der Schwindsucht erinnert das Ministerium daran, daß nach stehende Befehlungen beobachtet werden müssen: Einige Spitäler, die Schwindsuchtkranken aufnehmen, müssen aber besondere Säle verfügen, die ausschließlich für Schwindsüchtige bestimmt sind. Die Kreis- und Schulärzte müssen darauf achten, daß die Lehrer, Erzieherinnen usw., die schwindsüchtig sind, zur Erteilung des Unterrichts nicht zugelassen werden und mit den Kindern nicht in Verbindung kommen. Die Kreisärzte müssen streng darauf achten, daß jeder tödliche Schwindsuchtsfall gemeldet wird, damit die Befreiung des Besitzerbaren sofort einsetzt werden kann.“

Krankenhaus für schwindsüchtige Kinder. Das Haus Alzendorfstraße 115, in dem sich früher das Genesungsheim für schwindsüchtige Kinder und später ein zeitweiliges Militärlazarett befand, wurde jetzt wieder an die Polizeibehörden abgegeben. In ihm wird die Sektion zur Bekämpfung der Tuberkulose ein Spital für schwindsüchtige Kinder errichten.

Ungewöhnliches Schneetreiben. Der frühe Winter mit seinen unangenehmen Begleiterscheinungen hat eine neue, wenig erfreuliche Wirkung gezeigt: Seit gestern vormittag ist zu der empfindlichen Kälte ein dichtes Schneegestöber hinzugekommen, wodurch der ohnehin schon stark behinderte Verkehr sich neuen, ganz erheblichen Schwierigkeiten gegenüberstellt. In den Straßen der Stadt traten die bei großen Schneefällen üblichen Nöte ein: Schneefälle in den Vordergrund. Schwer beladene Bahnwagen blieben liegen oder kamen nur unter Einsatz einer erhöhten Anzahl von Helfern weiter, fördert werden, der regelmäßige Betrieb der Straßenbahn ist gestoppt. Vermüllt wird auch der Fußweg und Eisenbahnerlehr durch den ungemeinigen geren, fünf Stunden anhaltenden Schneefall stark in Mitleidenschaft gezogen werden und gerade dieser Punkt läßt mit Hinterblick auf die gegenwärtig erfolgte Einschränkung im Zugverkehr und die sonstigen Verkehrsnoten erheblich ins Gewicht fallen. Am meisten Schaden wird der Landwirtschaft erwachsen. Bekanntlich ist die diesjährige Kartoffelernte noch nicht restlos abgessen, durch die neuvergessenen Schneemassen wird die Arbeit auf dem Feld nun natürlich so gut wie unmöglich. Der Verlust aller noch in der Erde befindlichen Kartoffeln wird sehr befürchtet, während man auf die Zukulturen noch erfreien sollte, so wäre das lebhaft zu beklagen, denn diese ist für unsere Volksversorgung ebenso notwendig wie die Kartoffel. Man glaubt aber, daß die Gitterkäuse dem Frost besser standhielten, als die Kartoffel. Kälte und Schnee Anfang November, das sind Naturereignisse, wie sie nicht gäng und gäbe sind, und daß sie ausgerechnet in diesem Jahre so intensiv einsetzen, an die Erntezeit wird man nur mit schmerzlichen Empfindungen denken.

Räuberische Verwandte. Vor zwei Wochen verübten mehrere mit Revolvern bewaffnete Banditen im Dorfe Sosnowo Bielski, Kreis Brzeziny, auf den Landwirt J. Gajewski einen Überfall. Die maskierten Räuber raubten mehrere 1000 M. in Gold, Silber und Schinen. Außerdem nahmen sie für eine hohe Summe Kleidungsstücke mit. Gajewski wurde erschossen, sein Sohn schwer verwundet, seiner Frau brachen die Räuber beide Arme. Den vom Kommandanten der ersten Kriminal-Brigade entsendeten Polizisten gelang es festzustellen, daß an dem Überfall folgende Personen teilgenommen haben: die Schwiegermutter (1) M. Gajewski, J. Wójcicki, der Bruder (1) Stanislaw Gajewski, der Schwager (1) Wojciechowski, W. Buchalski, der Schwager (1) Gajewski, St. Mirek, T. Bogrodski, T. Kobylanski, T. Krasiecki, W. Krawiecki und P. Lischakow. Es gelang der Polizei, alle Täter zu verhaften.

Verhaftung eines Banditen. Vor gestern verhaftete die Polizei in Rzeszów den Banditen A. Stach, der bereits seit längerer Zeit von der Polizei Kriminalpolizei gesucht wird. Siebzehn. Aus der Wohnung des Wolf Kaczkowski, Poludniewa 23, wurden 1800 M. in Gold und Kleider im Gesamtwert von 10000 M. gestohlen. — Die Firma Theodor Steigert, Przemysl 74, meldete der Polizei, daß in ihrer Fabrik systematische Krimidiebstähle vorliegen. — Der Chaco Kupfermünz, Polnisch 1, wurden Kleider im Wert von 5000 M. gestohlen.

Theater und Konzerte.

Russische Theatervorstellung. Wie wir erfahren, wird demnächst in Lódź eine russische Theatertruppe aus Warschau eintreffen, um hier eine Vorstellung zu geben. Der Tag der Vorstellung wird noch besonders bekanntgegeben werden. 25 Prozent des Kinoertrages werden für das russische St. Olga Kinderheim bestimmt sein.

Der 1. November.

Kirchengebäude in der St. Agnesgemeinde. Heute findet um 8 Uhr die übliche Singstunde statt. Richter: Monatsfeier. Tagesspende: 1. Ballotage und 2. endgültige Belebung und Begutachtung des Sitzungsentwurfs.

Die Verwaltung des Kirchen-Gesangsvereins „Boże“ macht hiermit den Mitgliedern bekannt, daß am Donnerstag, den 13. d. M., um 8 Uhr abends im Saale der St. Matthäuskirche die Monatsfeier statt finden wird. Um zahlreiches und plakatives Erscheinen wird gebeten.

Der Evangelisch-Lutherische Verein der St. Stanislaus-Gemeinde. Eine Nachfeier des Reformationsfestes veranstaltet der Flinsberg am Donnerstag, den 13. d. M., um 7 Uhr abends, im eigenen Lokale, Brzozowskastraße 5. Das Leben und Werken unseres großen Reformators Martin Luthers wird in Wort und Bild geschildert werden. Zu dieser Feier sind die evangelischen Soldaten der Lodzer Garnison eingeladen. Alle Freunde und Gäste des Vereins sind herzlich willkommen.

Der Lodzer Odontologen-Verein. Der dieser Tage auf sein 15-jähriges Bestehen zurückblicken konnte, veranstaltete seine Jubiläumsfeier. Sie wurde gegen 4 Uhr nachmittags vom Vorsitzenden J. Haberfeld eröffnet. Bahnatlin A. Lewow verlas die Entwicklungsgeschichte des Jubiläums. Wie aus dem Bericht zu erscheinen war, hat sich der Verein in letzter Zeit glänzend entwickelt. Gegenwärtig steht der Verein dank dem ehrlichen und energetischen Präsidium (J. Haberfeld) — Vorsitzender, S. Kaczyński und Tepliński — Stellvertreter auf der Höhe seiner Ausgabe. In Anerkennung der großen Verdienste, die sich Herr Haberfeld um die Entwicklung des Lodzer Odontologen-Vereins erworben hat, wurde er zum Ehrenvorsitzenden des Vereins ernannt. Im Namen des Vereins dankte ihm Fel. A. Lewow eine Ehrenurkunde. Auch für den Redakteur der „Kronika Dentalistyczna“, Herrn Kratowski, wurde ein Ehrendiplom bestimmt. Der Delegierte der Warschauer Rasse für Segen, einzige H. H. Herr S. S. berichtete über den Berufsvorstand der polnischen Zahnärzte. Es wies auf die Notwendigkeit einer straffen Organisation hin. Herr Gajewski hielt einen Vortrag über die „Pädagogik des wissenschaftlichen Niveaus in der Heilkunde“. Herr Haberfeld hielt einen sachkundigen Vortrag und Herr Lewow sprach über „Unsere Ziele und Aufgaben.“

Der feierliche Abend wohnten u. a. einige Delegierte aus Warschau, Kalisch und der Umgebung bei.

Der Raut brachte eine Reihe sehr hübscher Vorträge. Nach Beendigung des Programms trat der Tanz in seine Rechte.

Der Lodzer Zitherverein. veranstaltet, wie bereits berichtet, am 15. d. M., um 7 Uhr abends, in der Turnhalle in der Batoniagasse 82 eine musikalische Unterhaltungsende mit darauflgendem Tanzcafé. Ähnliches in der diesbezüglichen Anzeige.

Aus der Heimat.

Konstantynow. Vom Turnverein. Am Sonnabend stand unter dem Vorsitz des Vorstandes Herr Albert Hoffmann die übliche Monatsfeier des hiesigen Turnvereins statt. Nach Entfernung der Auslagen und Belebung des Protocols vom Schriftführer Herrn Johann Ujma wurde zur Unterzeichnung des Haussakus Herr Gustav Schulz beauftragt.

Raubüberfälle.

In Sławnik, Kreis Lublin, überstießen fünf Banditen das Haus eines gewissen Borkowski, bedrohten das Hausherrn, raubten ein Pferd und verschwanden unbewilligt. — In Olszanen bei Bychow überstießen Banditen einen gewissen Jan Bartos und schlugen ihn brutal, daß er tags darauf starb. — Auf dem Wege von Juszkow nach Dpol, Kreis Palawy, überstießen 4 Banditen einen mit Waren beladenen Wagen und beraubten ihn. Der Schaden beträgt 14 000 Kronen. — In Uzendorf, Bialoborski, Kreis Janów, überstießen 3 markierte Banditen das Haus des Jan Wiatrak und raubten Kleider im Wert von 4000 Kronen. — Im Walde bei Polichna Gurna, Kreis Janów, wurden dem Andreaks Wosak mehrere Taler und Kronen gestohlen. — In Topolow, Kreis Janów, überstießen 10 Banditen das Auto des S. Lewic und raubten 5000 Kronen.

Warszawa. Die Gold- und Silbermünzen. Am Montag wurden auf Grund des Gesetzes über Beschlagnahme der Gold- und Silbermünzen die hiesigen Bankhäuser und Wechselschulen von Finanzinstituten und Beamten des Wachstums nach Gold- und Silbermünzen durchsucht. Auch die Privatwohnungen mancher Wechselschulbesitzer wurden durchsucht. Die Zahl der beschlagnahmten Gold- und Silbermünzen ist nicht bekannt. Es wurde gleichzeitig eine große Menge deutscher Banknoten eingezogen, mit denen die Wechselschulen spekulierten.

Verhaftung eines hohen Beamten. wegen Betrugstheorie. Der Untersuchungsrichter W. aus Drohobycz verhaftete den Oberdirektor der staatlichen Petroleum-Raffa-

lerei Wladyslaw Stach und ließ ihn in Begleitung von Polizeigebäuden nach dem Drohobycz-Gefängnis schaffen. Stach hat sich das Verbrechen schuldig gemacht. Zur Verhaftung Stachs, der mit einer Reihe von Jahren in seinem Amt in unerhöhter Weise wirkte, führte die Angelegenheit des früheren Vertreters der österreichischen Armee Matajch, der ebenfalls in letzter Zeit unter der Anklage des Betruges und Diebstahls zum Schaden des polnischen Staates verhaftet wurde. Matajch leitete die Übernahme der polnischen Eisenbahngesellschaften, auf den die tschechischen Farben aufgetragen wurden, so daß auf solche Weise der ganze kostbare Bahnpark nah und nach über die Grenze geschafft werden konnte. Zugleich mit Matajch wurde auch dessen Bruder sowie seine Mutter, die Bahnbeamten Stanislaw und Petak und ein Beamter der Regierungskanzlei W. J. J. verhaftet. Stach hat sich gleichfalls schwere Vergehen zuschulden kommen lassen. Seine Mutter waren Garunkel, Borgmann und Rojewski.

— Belebungssatzteil. Am Montag traten die Schriftsteller des „Dienstes Polog“ in den Ausland.

Lewitsch. Tierseuchen. Im Kreise Lewitsch stand vom 1. Oktober bis zum 1. November folgende ansteckende Krankheiten unter den Tieren festgestellt worden. In der Gemeinde Lubianow herrschte, unter den Tieren von zwei Gehöften die Rokrankheit. In der Gemeinde Lubomow brach in acht Gehöften die Krähe aus. In der Gemeinde Bielaw war ein Gehöft mit Krähe verachtet. In der Gemeinde Domowizy wurde in vier Gehöften Krähe verzeichnet. In der Gemeinde Jeziorki waren zwei Gehöfte mit Krähe verachtet. In der Gemeinde Kompolno wurde in sechs Gehöften Krähe verzeichnet. In Lewitsch wurden zwei Fälle von Krähe festgestellt. In Lewitsch wurden fünf Fälle von Krähe verzeichnet. In Lubomow erkrankten die Schweine eines Gehöftes an der Krähe. Vergleichen in Bielaw, in Lewitsch erkrankten die Schweine an der Krähe.

— Die neuen Eisenbahnwagenpolster. Wie wir aus glaubwürdiger Quelle erfahren, brachte die Eisenbahndirection die neuerrichteten Waggons zweiter Klasse mit Stoffen, wie sie die polnischen Landbevölkerung zu wollen. Dies auf die Notwendigkeit einer straffen Organisation hin. Herr Gajewski hielt einen Vortrag über die „Pädagogik des wissenschaftlichen Niveaus in der Heilkunde“. Herr Haberfeld hielt einen sachkundigen Vortrag und Herr Lewow sprach über „Unsere Ziele und Aufgaben.“

Der feierlichen Sitzung wohnten u. a. einige Delegierte aus Warschau, Kalisch und der Umgebung bei.

Der Raut brachte eine Reihe sehr hübscher Vorträge. Nach Beendigung des Programms trat der Tanz in seine Rechte.

Vom Tarczynskischen Museum. Noch zur Zeit der Okkupation hat der frühere Statthalter die Sammlungen des vorherigen Herrn Tarczynski erworben und sich verpflichtet, ein Haus zu kaufen, in dem sich das städtische Museum befinden sollte. Zu diesem Zweck wurde eine Anleihe eingezogen und am 20. November ein Haus gekauft. Da es im Jahre 1914 während der Kriegsoperacion statt beschädigt worden war, mußte eine Renovierung vorgenommen werden, damit das Gebäude seinem Zweck gereicht wird. Beim Eintragen der polnischen Truppen waren in dem Gebäude Soldaten dieser Armee eingekwartiert. Gegenwärtig ist das Haus geräumt worden. Da es vom Magistrat jedoch für eine jüdische Privatfamilie gemietet wurde, ist das weitere Schicksal des Museums ungewiß.

Entfernung des Lewitscher Kriegerdenkmals. Wie wir erfahren, wurde am gestrigen Sonnabend das von den Deutschen zu Ehren der bei den Kämpfen um Lewitsch gefallenen Soldaten auf dem alten Ring errichtete Denkmal abgetragen.

Kalisch. Wiederinbetriebnahme der Stickereien. Die Belegschaft, die seit langem mit hiesigen Stickereierzeugnissen nach Rostow a. Don zu Hause ist, ist nach Abwicklung der Geschäfte wieder zurückgekehrt. In Kalisch ist auf die Wiederinbetriebnahme des Betriebes der Stickereifabrik zu rechnen.

— Die Feier der Wiederbefreiung Polens gestaltete sich trotz starker Frostes und Schneegestöber recht eindrucksvoll. Der Festzug nahm am Renn Ring am Feuerwehrhaus, wo ein Altar errichtet war, seinen Anfang und schreit dann durch mehrere Straßen. Zwei Musikkapellen spielten patriotische Weisen. Den Anfang machten berittene Polizisten, dann folgten Militär, die Feuerwehr mit Fahnen, Handwerker Vereine, die Lehrerförschung, Schulkinder, Kooperative, Gesangvereine, auswärtige Vereine. Den Schluss bildete das Offizierkorps. Recht guten Zuspruch fanden die Wehrmänner und Schülerinnen, die wieder sangen. Da der Platz des Bahnhofs ist ein Gedenkstein aus Granitsteinen in Manneshöhe zur Erinnerung an die Befreiung Polens errichtet worden.

Krakau. Raub. In Krakau wurde, polnischen Blättern zufolge, von einem Unterschöpfer auf den rumänischen Konsul Wladyslaw Borysławski ein Raubüberfall verübt. Der in der Wohnung des Konsuls erschienene Täter warf sich nach kurzen Wortwechsel auf den Konsul und brachte ihm mit einem Messer eine tiefe Wunde an der rechten Schulter. Der Täter stieß dann auf den rechten Fuß und blutete zur Erde, besaß aber noch soviel Kraft, den Konsul zu fassen. Während des Ringens verließ dieser dem Konsul

zwei Söhne vor die Brust. Borysławski begann um Hilfe zu rufen, worauf der Bandit dreimal Geld gefüllte Brieftasche ergriff und Reihe nahm. Den auf die Polizei herbeieilenden Hauseinwohner gelang es, den Banditen am Treppenfuß zu ergreifen. Es stellte sich heraus, daß der Ergriffene der im Militär-Hospital zur Heilung untergebrachte Stefan Brodzki war, der sich dort des schlechtesten Rufes erfreute und sich wiederholt des Diebstahls schuldig gemacht.

Telegramme.

Um Polens Grenzen.

Generalstabsbericht vom 11. November.

Österreichisch-Preußische Front: Die seit einigen Tagen vorbereiteten bolschewistischen Angriffe am Dunajec östlich und westlich von Polowec wurden von unseren Artillerien mit großen Verlusten für den Feind zurückgewiesen.

Wohlhabende Front: Ruh.

Generalstabsbericht vom 11. November.

Generalstabsbericht vom 11. November. Danach, 11. November. (Pat). Aus Prag wird gemeldet, daß in Nordböhmen und im Böhmerwald gestern infolge Lebensmittelangreifens der Generalstabsbericht ausgedehnt ist.

Die amerikanischen Besatzungstruppen.

Lyons, 11. November. (Pat). Aus Weimar wird gemeldet: Die Militärlager mit den amerikanischen Truppen, die die Territorien besetzen werden, in denen Volksabstimmungen stattfinden sollen, haben Weimar passiert. Soldaten und Offiziere sind reichlich verorgt.

Explosion eines Artillerielagers.

Brüssel, 11. November. (Pat). Bei Namur ist ein deutsches Artillerielager in die Luft gesprengt. Die Zahl der Opfer konnte bisher nicht festgestellt werden. Falls sich die Explosion wiederholen sollte, droht Namur große Gefahr, denn unmittelbar vor der Stadt befinden sich die von den Deutschen erbaute Lager von mit giftigen Gasen angefüllten Artilleriesgeschossen.

Die Ereignisse in Rußland.

Wien, 11. November. (Pat). Die Vondner „Times“ meldet aus Belgrad, daß Denklin von der jugoslawischen Regierung die Staatsrechte erhalten hat, in Jugoslawien Freiwillige zu werben.

Prag, 11. November. (Pat). Aus Paris wird gemeldet, daß das oberste Kommando der tschechoslowakischen Armee in Siberien habe bekannt gegeben, daß es die Absicht hat, auf dem Landweg nach der Heimat zurückzukehren. Der größte Teil der tschechoslowakischen Division befindet sich in Ost und Südtirol. Die Mannschaften wollen nach Kaschau marschieren, zunächst nach dem Süden, wo sie sich mit Denklin verbinden und hierauf nach der Donau begeben wollen. Sie sind gut bewaffnet und besitzen genügend Artillerie.

Lyons, 11. November. (Pat). Aus Stockholm wird gemeldet: Der Korrespondent des „Svenske Tidningsbladet“ hatte in Reval mit General Juodaitis ein Interview. Dieser erklärte, daß ungeachtet der schwierigen Situation man optimistisch in die Zukunft blicken könne. Der General fügte hinzu, daß er aus strategischen Gründen den Befehl zum Rückzug gegeben habe, denke aber nicht daran, die Aktion insbesondere des Winters einzustellen.

Die rumänische Frage.

Lyons, 11. November. (Pat). Nach den neuesten Ausführungen der amerikanischen Presse herrschen unter den Alliierten Meinungsverschiedenheiten in der rumänischen Frage. England und Amerika sind dafür, daß Rumänien zur Beobachtung der auf der Versammlung von Versailles getroffenen Verträge und zur Aufgabe des Verstandes gegenüber dem Obersten Rat veranlaßt werde. Frankreich und Italien empfehlen jedoch eine mildere Behandlung des Staates, der jetzt eine ausschlaggebende Rolle auf dem Balkan spielt. In gewissen englischen und amerikanischen Kreisen herrscht schon lange der Verdacht vor, daß das Verhalten Rumäniens, das sich in der weiteren Okkupation Ungarns und der Region Besarabiens äußert, von äußeren Einflüssen abhängt.

Poincaré in London.

Paris, 11. November. (Pat). Präsident Poincaré ist am Montag in London eingetroffen. Er wohnt in Buckingham-Palast. Der Präsident ist nach England gereist, um dem König einen Besuch abzustatten und die Freundschaft der Franzosen für das englische Volk anzugeben. Er wird vom Minister des Auswärtigen Pichot begleitet.

